



POLIZEIKURIER

INFORMATIONEN DER DEUTSCHEN POLIZEIGEWERKSCHAFT BADEN-WÜRTTEMBERG AUSGABE 28-02-2021



Kanten geben Halt

DPoIG

TURBULENTER

FEBRUAR

KLARE POSTIONEN

THEMEN DIESER AUSGABE:

- _ Impfplan der Politik / Polizei
- _ Tipps und Tricks beim Impftermin
- _ Wie lange bleibt MP Kretschmann
- _ HfPol wird zum Prüffall?
- _ Präsenzprüfungen in der Pandemie
- _ Zulassungsprüfung mit Sprachtest
- _ Fit for Test
- _ Vorbereitung auf den Ruhestand
- _ Polizeiliche Kriminalstatistik
- _ Automatische Kennzeichenerfassung
- _ Jerusalema - Lizenz für Tanz
- _ Bundeselterngeld und Elternzeit
- _ LBV - Keine Widersprüche online
- _ Vorschriftendienst veraltet

„Die Kitas und Schulen öffnen, die Polizei hatte nie geschlossen.“

Zitat von
Rainer Wendt

Klare Kanten

Die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hatte im Bundestagswahlkampf 2017 die „klare Kante“ im Gepäck. Aktuell wirbt der grüne Ministerpräsident mit einem Wahlplakat und der Aufschrift „Kanten geben Halt.“

Was bei dem einen Wahlwerbung ist, ist in der DPoIG schon längst gelebte Realität. Vielleicht auch deshalb unterscheiden wir uns von manchem Politiker. Etwa mit der Ankündigung, den Menschen zuzuhören. Wir hören zu und reden nicht nur, sondern handeln auch.

Das mag dem einen oder anderen überhaupt nicht gefallen. Aber dieses Mittel ist äußerst wirksam. Nicht nur dass ich und wir alle in der DPoIG täglich beruhigt in den Spiegel schauen können. In erster Linie schafft es Veränderungen.

Hören was ist machen was geht!

Täglich hören wir, wo an der polizeilichen Basis der Schuh drückt. Im Februar standen die Themen Impfen, Corona-Zulage, Ärger über angeblich alternativlose Prüfungen, Unfall-schutz bei Infektionen, Wertekultur und Miß-trauen, sowie Kriminalitätsentwicklungen auf unserer Agenda.

Am Ende des Monats steht der Durchbruch beim Impfkonzept der Polizei und eine Vielzahl von Rückmeldungen, dass wir mit unseren Einschätzungen und Statements richtig liegen.

Unsere Richtung stimmt!



Ralf Kusterer
Landesvorsitzender DPoIG



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

Dirk Preis

„Wir dürfen die Polizei nicht auseinanderdividieren. Wir müssen so viele Polizeibeschäftigte wie nur möglich in einer ersten Phase impfen und den Rest gleich hinterher. Egal ob PVD, Verwaltungsbeamte oder Tarifbeschäftigte.“

Breaking News

DPolG-Erfolg!

Impfbeginn 1. März



Impfstoff für die Polizei

Ralf Kusterer: „Es ist ein Skandal, wie Sozialminister Manfred Lucha arbeitet und die Polizei behandelt. Von mir hätte Herr Lucha als Beschäftigter längst eine Abmahnung bekommen oder ich hätte ihm fristlos gekündigt! Es ist ein Skandal, dass der Ministerpräsident nichts tut.“

Impfung gegen die Pandemie

Seit Wochen beschäftigt sich die DPolG mit der Impfstrategie der Landesregierung. Der DPolG Landesvorsitzende und Stellv. Bundesvorsitzende Ralf Kusterer war einer der Ersten, wenn nicht sogar der Erste, der eine frühzeitige Berücksichtigung der Polizei bei der Vergabe des Impfstoffes forderte. Auch in den vergangenen Wochen sparte er nicht mit deutlichen Worten zum Versagen von Sozialminister Lucha.

Ständige Impfkommission setzte die Polizei an 6. Stelle

Für viele mag es fast wie ein Schock gewesen sein, als man den ersten Impfplan veröffentlichte. Bei 6 Gruppen war die Polizei im Dezember 2020 auf Platz 5 angesiedelt.



Dirk Preis

HPR-Vertreter in der PG IMPFSTRATEGIE

Ob Lucha vor den Wahlen ganz bewußt das Innenministerium hängen lässt?

Bundesgesundheitsminister Spahn korrigiert Stufen

Wäre er aus Baden-Württemberg, könnte er den Beinamen „Cleverle“ führen. Der Bundesgesundheitsminister machte aus 6 nur 3 Stufen. Die Polizei rutschte auf 2. Einige Polizisten in die Gruppe 1. Nachdem sich aber an den Mengen nichts veränderte, war das reine Kosmetik?

Der Corona-Impfplan für Deutschland 2020–2021

Wann wird wer geimpft?

■ = 1 Million

Zeitraum	Gruppe Risiko	Personen (Mio.)
Ende Dezember 2020	1. Gruppe Risiko: Sehr hoch	über 80-Jährige (5,4 Mio.), Medizin-Personal mit besonderem Ansteckungsrisiko (1 Mio., unter anderem Notaufnahmen, Covid-Stationen), Klinik-Personal mit engem Kontakt zu gefährdeten Gruppen (z. B. Onkologie, Transplantation), ambulante und stationäre Altenpfleger (1,2 Mio.)
Januar 2021	2. Gruppe Risiko: hoch	75- bis 80-Jährige (4,1 Mio.), Medizin-Personal mit Ansteckungsrisiko (1 Mio.), Demenzerkrankte und geistig Behinderte in Heimen und deren Betreuer
Februar	3. Gruppe Risiko: erhöht	70- bis 75-Jährige (3,6 Mio.), Vorerkrankte mit höherem Risiko und deren Kontaktpersonen (u. a. Angehörige), Personen in Asyl- (260 000) und Obdachlosen-Unterkünften (41 000), enge Kontaktpersonen von Schwangeren (760 000), Medizin-Personal mit „moderatem“ Ansteckungsrisiko und Öffentlicher Gesundheitsdienst (817 000)
März	4. Gruppe Risiko: moderat	65- bis 70-Jährige (4,8 Mio.), Vorerkrankte mit moderatem Risiko und engste Kontaktpersonen, restliches Medizin-Personal (300 000), Lehrer (800 000), Erzieher (800 000), prekär Beschäftigte (Saisonarbeiter, Verteilzentren, Fleischverarbeitung (400 000))
April	5. Gruppe Risiko: gering erhöht	60- bis 65-Jährige (5,5 Mio.), Schlüsselpersonal Bundes- und Landesregierungen, Beschäftigte im Einzelhandel (3,1 Mio.) und kritischer Infrastruktur (Polizei, Feuerwehr, Bundeswehr, ÖPNV, Müll u. a., zusammen 800 000)
Maï	6. Gruppe	alle anderen in Deutschland lebenden unter 60-Jährigen
Juni		45 Mio.
Anfang Juli		
Juli		
Mitte August		
August		
September		
Oktober		
November		
ab Dezember 2021		

Quelle: Bild 17. Dezember 2020

Insgesamt 27,7 Millionen vor, 9 Millionen gemeinsam mit der Polizei und vor den restlichen 45 Millionen Bürgern, wurden wir von der Ständigen Impfkommission plaziert.

Der Corona-Impfplan für Deutschland 2020–2021

Anspruchsberechtigte laut Coronavirus-Impfverordnung vom 18.12.2020

1. Gruppe | Höchste Priorität

Über 80-Jährige, Bewohner in Altenheimen sowie **Medizin-Personal mit besonders hohem Ansteckungsrisiko** durch regelmäßigen engen Kontakt zu besonders gefährdeten Gruppen (z. B. auf Intensivstationen, in Notaufnahmen, Rettungsdiensten und Corona-Impfzentren), Personen in der ambulanten und stationären Altenpflege

2. Gruppe | Hohe Priorität

70- bis 80-Jährige sowie Menschen mit einem sehr **hohen Risiko oder einer hohen Wahrscheinlichkeit** für einen schweren Krankheitsverlauf, Medizin-Personal mit Ansteckungsrisiko, Demenzerkrankte, geistig Behinderte in Heimen und deren Betreuer, Transplantationspatientinnen, enge Kontaktpersonen von Pflegebedürftigen und Schwangeren, Menschen in Asyl- und Obdachlosenunterkünften, Polizei- und Ordnungskräfte

3. Gruppe | Erhöhte Priorität

Über 60-Jährige, sowie Personen mit höherem Risiko durch **Vorerkrankungen** (BMI über 30, chronische Nieren- und Lebererkrankungen, Immundefizienz, Diabetes, Herzerkrankungen, Erkrankungen der Blutgefäße des Gehirns, Krebserkrankungen, COPD, Asthma, Autoimmunerkrankungen oder rheumatische Erkrankungen), **Personen in besonders relevanten Positionen in staatlichen Einrichtungen** (Streitkräfte, Polizei, Zoll, Feuerwehr, Katastrophenschutz inkl. THW, Justiz), **Personen in besonders relevanten Positionen der Kritischen Infrastruktur** (Apotheken, Pharma, Ernährung, Wasser- und Energieversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Transport, Verkehr, IT, Telekommunikation), **Personen in medizinischen Einrichtungen mit niedrigem Ansteckungsrisiko** (Labore und Orte ohne Patienten mit Infektionsverdacht), **Personen im Lebensmittel Einzelhandel, Erzieher, Lehrer und Personen in prekären Arbeits- und Lebensbedingungen**

“

Was sind schon 30.000 Polizeibeschäftigte im Wahlkampf gegenüber mehr als 200.000 Lehrer/innen und Erzieher/innen

“



Die Impfstrategie der Polizei

Die Polizei in Baden-Württemberg hinkt anderen Bundesländern weit hinterher. Und im Grunde genommen wäre das ein Untersuchungsausschuss wert. In der aktuellen Situation geht es jetzt aber um Tempo - und zwar ohne Geschwindigkeitsbegrenzung.

Oliver Auras

„Wir lassen nicht locker, bis der letzte Polizeibeschäftigte, der es möchte, geimpft ist.“

Auch für die Polizei gilt „Impfen ist freiwillig“



Oliver Auras
Stellv. Landesvorsitzender

Forderungen der DPolG

Unmittelbar mit der Veröffentlichung der Reihung durch die Ständige Impfkommission hat die DPolG eine bessere Berücksichtigung der Polizei gefordert.

Innenminister stellt sich hinter DPolG-Forderung

Am Donnerstag, den 10. Dezember 2020



Thomas Strobl
Innenminister Baden-Württemberg

setzte sich der Polizeiminister in der Innenministerkonferenz für eine frühe Impfung ein.

Meldung dpa: bdt0472 3 pl 290 dpa 1228

Innenminister dringen auf frühe Impfungen für Polizisten

Stuttgart/Berlin (dpa) - ... Baden-Württembergs Ressortchef Thomas Strobl (CDU) sagte am Donnerstag anlässlich der Innenminister-Konferenz: «Unsere Polizei muss bei den Impfungen so weit oben wie irgendwie möglich priorisiert werden.» Die Polizistinnen und Polizisten seien ständig draußen unterwegs und hätten viele Kontakte, wodurch sich ein Infektionsrisiko ergebe. Die Innenminister von CDU und CSU sowie Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hätten seine Position unterstützt, sagte Strobl der Deutschen-Press-Agentur.

Innenministerium setzt Projektgruppe Impfstrategie ein.

Unter der Leitung von LtD. PD Ralf Keller vom PTLSPol wurde eine Projektgruppe eingesetzt, mit dem Ziel der strategischen Umsetzung einer „Durchimpfung“ der Polizei zu garantieren. Mit dabei u.a.

die Landespolizeiärztin Frau Dr. Graf-Köppl, die ihre medizinische Expertise einbrachte.

Mit dabei Dirk Preis (Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand der DPolG), der als Vertreter des Hauptpersonalrats die Beschäftigteninteressen vertrat.

Die DPolG forderte u.a., dass am Ende des Tages übrige Impfdosen an Polizeibeamte vergeben werden.

In Bayern hatte man das bereits seit Impfbeginn für alle Blaulichtberufe/-bereiche umgesetzt.

Sozialminister Lucha untersagte eine solche Verfahrensweise für die Polizei in Baden-Württemberg.

Am 23. Februar lenkte der „Impfminister“ endlich ein. Auch Polizeibeschäftigte dürfen geimpft werden.

Vorausgegangen waren massive Beschwerden, nachdem am Montag, den 22. Februar ohne jegliche Differenzierung die Impfstoffe für Lehrer/innen und Erzieher/innen freigegeben wurden.

Vorausgegangen war eine Erhöhung des medialen Drucks durch die DPolG.

Auszug aus den Stuttgarter Zeitungen: Die Dienstgebäude am Stuttgarter Neckartor sind nur 140 Meter voneinander entfernt, und in beiden kocht der Dampfkessel. In dem einen, dem Innenministerium, wird gerade fieberhaft an einem künftigen Impfkonzept für die Polizei im Land gearbeitet, im anderen, der Landeszentrale der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), kocht der Vorsitzende über die aktuelle Corona-Impfstrategie. „Ist die Polizei denn nur Kanonenfutter für den Landessozialminister?“, schimpft Ralf Kusterer, der Landesvorsitzende – weil die Landesregierung die Lehrer in der Rangfolge vor die Polizisten gesetzt hatte.“

Nur wenige Tage noch bis zum Impfstart.

Wer will, kann die erste Impfung ab 1. März bekommen.



TIPPS und TRICKS

So kann man feststellen, wo Impfstoff zur Verfügung steht und wo man Impftermine buchen kann

Impfterminemonitor

www.impfterminmonitor.de/

Der Impfterminmonitor ermöglicht einen schnellen Überblick über die Verfügbarkeit von Erstimpfterminen an allen Impfzentren, die beim Patientenservice 116117 buchbar sind.

Der Impfterminmonitor ist ein Hobbyprojekt, kein öffentliches Angebot.

Verbindlich sind im Zweifelsfall immer die Daten unter impfterminals.de.

Der Impfterminmonitor nutzt Rohdaten von impfterminals.de. Diese entsprechen der Terminvorprüfung, die durchgeführt wird, wenn ein Nutzer ohne Vorprüfungscode direkt die Seite impfterminals.de aufruft und dort ein Impfzentrum auswählt.

Umlaufend werden Kombinationen aus Impfzentrum und Impfstoff abgefragt. Eine weiterführende Interpretation, Prüfung oder Verarbeitung der Rohdaten erfolgt nicht.

<https://www.impfterminmonitor.de>



Impfterminmonitor

Der Impfterminmonitor ermöglicht dir einen schnellen Überblick über die Verfügbarkeit von Erstimpfterminen an allen Impfzentren, die beim Patientenservice 116117 buchbar sind.

Wer einen Impftermin buchen möchte - steht oft vor großen Herausforderungen!

www.impfterminals.de

Termine gibt es entweder über die zentrale Telefonnummer 116 117 oder im Internet unter impfterminals.de.

Wer nicht an seinem Wohnort einen Termin buchen kann, sollte es in den umliegenden Impfzentren versuchen.

Viel Glück!



impfterminals.de
schneller als die Hotline

Hier kann man je nach Verfügbarkeit am schnellsten einen Impftermin buchen

1

Buchen Sie die Termine für Ihre Corona-Schutzimpfung

Wählen Sie das Impfzentrum in Ihrer Umgebung und buchen Sie Ihre beiden Impftermine.

Bundesland
Baden-Württemberg

Impfzentrum
70376 Stuttgart, Impfzentrum am Robert-Bosch-Krankenhaus

Impfzentrum Detailinformation
Impfzentrum am Robert-Bosch-Krankenhaus
Auerbachstr. 110, 70376 Stuttgart

Bitte notieren Sie Ihre Auswahl

2

Wurde Ihr Anspruch auf eine Corona-Schutzimpfung bereits geprüft?

Ja (Vermittlungscode bereits vorhanden)

Nein (Anspruch prüfen)

3

Über die genannten Personengruppen hinaus haben landesspezifisch weitere Personengruppen mit hoher Priorität einen Anspruch auf Schutzimpfung.

4

Gehören Sie einer der genannten Personengruppen an?

Ja Nein

SCHNELLPRÜFUNG DURCHFÜHREN

5

Gehören Sie einer der genannten Personengruppen an?

Ja Nein

Bitte geben Sie Ihr Alter an

SCHNELLPRÜFUNG DURCHFÜHREN

6

Vermittlungscode anfordern

✓ Unsere Schnellprüfung hat ergeben, dass Sie einen Impftermin buchen dürfen.

⚠ Die hier erfolgte Schnellprüfung berechtigt nicht zu einer Impfung. Die endgültige Prüfung Ihres Anspruchs auf eine Impfung findet vor Ort im Impfzentrum statt.

E-Mail*

z.B. max@musteide

Mobilfunknummer zur SMS-Verifizierung*

+49 z.B. 1501234567

VERMITTLUNGSCODE ANFORDERN

Nur noch wenige Angaben - bis zum Termin!!!



Es ist nur eine Frage des Wer? und Wann?



Andreas Schwarz
Fraktionsvorsitzender

Cem Özdemir
Ex. Bundesvorsitzender

Wenn vielleicht nicht schwarz
(CDU) dann vielleicht
der grüne Schwarz?

Winfried Kretschmann

*17. Mai 1948 in Spaichingen.

Seit dem 12. Mai 2011 ist er der 9. Ministerpräsident von Baden-Württemberg und als solcher der erste von den Grünen gestellte Ministerpräsident eines deutschen Bundeslandes. Am 12. Mai 2016 wurde er wiedergewählt.

Dementi aus Berlin von Cem Özdemir

Manchmal sind es gerade die schnellen Dementi aus der Politik, die Aufmerksamkeit erregen.

Nachdem der 72. jährige Ministerpräsident öffentlich über den Gesundheitszustand seiner Ehefrau berichtet hatte und ankündigte, in den nächsten Wochen etwas kürzer treten zu wollen, um bei seiner Frau zu sein, kam unverhofft eine Meldung aus Berlin:

Der frühere Grünen-Chef Cem Özdemir wendet sich gegen Spekulationen um die Zukunft des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann. «

Und meint damit vielleicht seine eigenen Ambitionen auf das Ministerpräsidentenamt in Baden-Württemberg?

Er tritt für die volle Amtszeit an», sagte Özdemir der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. «Dass er sich in dieser schwierigen Situation um seine Familie kümmert, sollte kein Anlass für politische Debatten sein. So viel Menschlichkeit sollten wir uns bewahren.»

Kretschmanns Alter sei nachrangig, sagte Özdemir. «Ich war schon oft mit ihm wandern. Der neue US-Präsident Joe Biden ist jetzt schon älter als Winfried es am Ende einer weiteren Amtszeit wäre.»

MP Kretschmann und sein Fraktionsvorsitzender

Will der Fraktionschef der Grünen im Landtag, Andreas Schwarz, Winfried Kretschmann beerben?

Bei den Grünen wurde diese Frage bisher nur hinter vorgehaltener Hand beantwortet – bis Dienstagabend. Es ist Winfried Kretschmann selbst, der Schwarz' Namen bewusst oder unbewusst in einem live übertragenen Interview zur Landtagswahl fallen lässt.

Kretschmann erklärte, dass das zweitwichtigste Amt hinter dem Ministerpräsidenten das des Fraktionsvorsitzenden der Regierungspartei sei. „Der heißt Andreas Schwarz“, fährt er fort. „Und ohne den läuft mal gar nix.“ Und dann schiebt Kretschmann nach: „Wenn Sie überlegen, wer ist eigentlich Ministerpräsident in Baden-Württemberg geworden, was war der vorher?“ Er sei vorher in der Regel Fraktionsvorsitzender gewesen. «

Der amtierende Ministerpräsident Winfried Kretschmann war zuvor Fraktionsvorsitzender der Grünen Landtagsfraktion.

Vermutlich dürfte es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis der Ministerpräsident sein Amt übergibt?

So konservativ wie
MP Kretschmann ist keiner
der designierten Nachfolger



Hochschule für Polizei wird zum Prüffall?

Die Deutsche Polizeigewerkschaft war gegen die Zerschlagung der erfolgreichen Bildungsträger

In den kommenden Monaten wird die Hochschule für Polizei nun wohl doch (endlich) evaluiert.

Dabei scheint alles offen zu sein. Manche haben dabei noch gar nicht erkannt, welche Veränderungen möglich sein könnten!?

Die Verlängerung der Dienstzeit des Rektors (so Gerüchte), könnte zumindest personelle Freiräume schaffen.

Polizeireform 2014

Mit der Polizeireform 2014 wurden die erfolgreichen Bildungseinrichtungen bei der Polizei zerschlagen. Aus 3 Bildungsträgern und 8 Standorten wurde ein Bildungsträger mit 5 Standorten.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft hatte gegen diese Zerschlagung und das Ein-Träger-Modell gekämpft. In den vergangenen 6 Jahren wurden die Argumente der DPoIG bestätigt.

Vor 2014 konnten die Anwärterinnen und Anwärter an den Polizeischulen in Bruchsal, Göppingen, Biberach, Lahr und Böblingen ihre Ausbildung absolvieren.

Vor 2014 konnten Polizeibeschäftigte in Freiburg und Wertheim an der Akademie der Polizei an den verschiedensten Spezialfortbildungen und Lehrgängen teilnehmen.

Vor 2014 konnten die Studierenden zum Aufstieg in den gehobenen Dienst an der eigenständigen Kernhochschule ihre Studium absolvieren.

Die damalige grün-rote Landesregierung wollte sortenreine Standorte, heute haben wir einen Gemischtwarenladen. An manchen Bildungsstandorten reicht der Platz kaum für die Dienststellenbeschriftungen.

Zu keinem Zeitpunkt wurden die Bildungseinrichtungen untersucht!

Bei der Evaluation der Polizeireform, die zu Veränderungen und der Polizeistruktur 2020 geführt hat, wurde die Hochschule erneut ausgeklammert. Damals zeigte sich die Hochschule der Polizei überzeugt davon, dass das sogenannte Einträgermodell nur noch nicht wegen der zusätzlichen Herausforderungen gelingen konnte.

Die Einstellungsoffensiven standen unter der (SPD-)Vorgabe, dass keine zusätzlichen Standorte eröffnet werden dürfen.

Vielmehr wurde der Standort in Wertheim noch schnell vor den Wahlen geschlossen, weil man befürchtete, dass bei einem Regierungswechsel dieser Standort bestehen bleibt.

In den vergangenen Jahren wurde Wertheim wieder geöffnet. Dazu wurde der Standort Herrenberg neu eröffnet. Der Standort Villingen-Schwenningen wurde ausgebaut - das hatte die DPoIG gefordert.



Präsenzprüfungen in der Pandemie mit 600 / 900 Studierenden sorg(t)en für Wirbel

Polizeisprecher ist überrascht. Reporter sind entsetzt. Ministerium will Schaden vom Minister fernhalten. Bürger/innen sind fassungslos. Studierende sind die Leidtragenden.



Martin Schatz
Präsident Hochschule der Polizei BW

“Wir dürfen das!”

Eigentlich wollte die DPoIG nicht in den Medien auf Mißstände bei den Prüfungen an der HfPol berichten. Gespräche mit dem Innenministerium waren erfolglos geblieben. Weitere Gespräche mit politischen Verantwortlichen waren geplant.

Die Presseanfrage eines Reporters, der merklich unter den Eindrücken zuvor gemachter Fotos von der Anreise zu den Prüfungen stand, beantworteten wir und bemängelten das, was man auch schon vorher kritisierte.

Gleiches gilt für die zahlreichen Presseanfragen der Medien im Anschluss an die Berichterstattung im Schwarzwälder Boten.

Warum können und sollen solche Prüfungen nicht in kleineren Räumen geschrieben werden?

Warum muss man an Prüfungen mit 5,5 Stunden festhalten?

Kann man nicht kürzere Prüfungen schreiben, vielleicht auch gesplittet?

Gibt es zu den bisherigen Verfahrensweisen keine Alternativen?



Für die Deutsche Polizeigewerkschaft sind Präsenzprüfungen mit 5,5 Stunden und FFP2 Masken nicht alternativlos!

Zahlreiche Studierende und (Polizei) Eltern haben sich im Vorfeld der Prüfungen bei der DPoIG beschwert. Mit Verantwortlichen im Innenministerium wurde in den unterschiedlichsten Funktionen im Vorfeld Gespräche geführt.

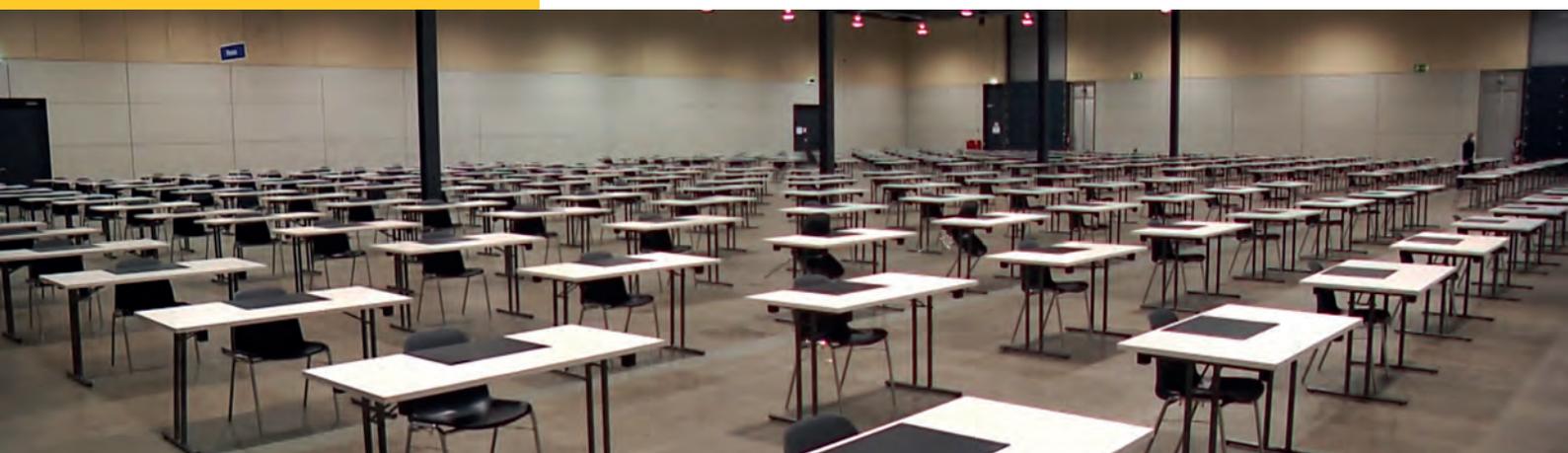
Die Hochschule hat gegenüber den Studierenden diese Art der Prüfungen als alternativlos bezeichnet. Unter einem enormen Zeitdruck hat die Hochschule diese Präsenzprüfungen umgesetzt. Unter dem Aspekt der „Alternativlosigkeit“ und den damit verbundenen ebenso „alternativlosen Konsequenzen“ hatten die Studierende dem Verfahren zugestimmt.

Die DPoIG teilt diese Einschätzung nicht. Die Hochschule hatte mehrere Monate Zeit, um sich vorzubereiten und besondere Maßnahmen und Regelungen zu treffen. Das gilt für die Art der Prüfungen, als auch für die Dauer und die Inhalte der Prüfungen. Seit Monaten greifen wir in die Grundrechte der Menschen ein - warum nicht auch in Prüfungen. Keiner will dabei irgend etwas geschenkt.

Diese Prüfungen sind alternativlos!

Sonst können die Studierenden nicht zum 1. April das Studium beenden, befördert und versetzt werden!

Studierende, die nicht 5,5 Stunden mit FFP2 Maske die Prüfungen schreiben können sind Polizeidienstuntauglich !



*Bilder SWR

Messehallen für über 200 Prüfungsteilnehmer/innen - auch in Corona-Zeiten?



Zulassungstest zum Aufstieg in den gehobenen Polizeidienst = jetzt mit Sprachtest

Wichtig ist bei den Sprachen, dass man keine Wahloption hat. Unabhängig wie lange die Ausbildung zurück liegt und welche sprachlichen Kompetenzen nach der Ausbildung erworben wurden - prüfungsrelevant ist die Sprache, die man in der Ausbildung zum mittleren Dienst hatte!



In diesem Jahr findet erstmalig ein neuer schriftlicher Teil des Auswahlverfahrens für den Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst statt. Neu ist, dass man damit rechnen muß, dass Fragen im Englischen oder Französischen gestellt werden.

Der Prüfungsteil der Fachfragen „Sprachen“ orientiert sich an der Fremdsprache, die von den Teilnehmenden in der Ausbildung belegt wurde. Das bedeutet, dass die Teilnehmenden am schriftlichen Teil des Auswahlverfahrens, die das Fach Englisch in der Ausbildung zum mittleren Dienst belegt hatten, nur Fachfragen der Sprache Englisch im entsprechenden Prüfungsteil zu beantworten haben.

Entsprechendes gilt für die Teilnehmenden, die das Fach Französisch in der

Ausbildung zum mittleren Dienst belegt hatten und deshalb nur Fachfragen der Sprache Französisch beantworten müssen.

Entscheidend ist demnach die Fremdsprache, die während der Ausbildung für den mittleren Polizeivollzugsdienst gewählt wurde. Ein Wahlrecht für die Teilnehmenden gibt es nicht. Bei den Fremdsprache-relevanten Fragen handelt es sich jeweils um sieben Fragen.

Auf nochmalige Anfragen teilte das Innenministerium mit, dass keine Wechselmöglichkeit besteht. Aufgrund der neuen Systematik, dass Inhalte aus der Ausbildung zum mittleren Dienst für das verkürzte Studium angerechnet werden, kann keine Auswahl erfolgen!

DPOLG FIT FOR TEST 2021



Dominic Schefold (JUNGE POLIZEI) und DPoLG-Vize Jürgen Engel informieren online

Wie in den vergangenen Jahren unterstützt die DPoLG Baden-Württemberg wieder ihre Mitglieder beim Auswahlverfahren für die Zulassung zum Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst, d.h. zum Studium an der Hochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen.

Aufgrund der aktuellen Pandemie wird die Informationsveranstaltung digital durchgeführt.

Interessenten können sich anmelden unter:

Anmeldung → fitfortest@dpolg-bw.de

DPOLG FIT FOR TEST 2021

Termine:

Do. 25.02., 17.30 Uhr

Mo., 01.03., 17.30 Uhr

Mi., 03.03., 17.30 Uhr **Plätze frei**

Die Infoveranstaltung jetzt als ONLINE EVENT:

- Das Zulassungsverfahren
- Der Zulassungstest
- Möglichkeiten der Vorbereitung

Wie immer mit umfangreichen Unterlagen!



SEMINAR!

Vorbereitung auf den Ruhestand in Baiersbronn

Die bei unseren Mitgliedern sehr beliebten Seminare zur Vorbereitung auf den Ruhestand finden auch in diesem Jahr in unserem Seminarhotel – Waldhotel Sommerberg/Baiersbronn statt.

Die DPoIG-Landesseniorenvertretung trifft mit einem besonderen Hygiene-Konzept, u.a. mit Schnelltests, höchsten Sicherheitsvorkehrungen.

Die Teilnehmer wurde von bisher 25 auf 10 Teilnehmern reduziert.

Die Seminare finden mit großen Abständen und mit Glastrennteilen an den Schulungsplätzen statt. Weitere Hygienemaßnahmen haben wir im Hotel bereits im letzten Jahr erfolgreich praktiziert.



15./16. März: ausgebucht
22./23. März: ausgebucht
29./30. März: ausgebucht
30./31. März: ausgebucht
10./11. Mai: ausgebucht
11./12. Mai: ausgebucht
07./08. Juni: ausgebucht
28./29. Juni: ausgebucht
29./30. Juni: ausgebucht
13./14. September: noch 7 Plätze
14./15. September: noch 6 Plätze
20./21. September: noch 6 Plätze
27./28. September: ausgebucht

Anmeldung → 60plus@dpolg-bw.de



Daniel Jungwirth
Stellv. Landesvorsitzender

„Die Bekanntgabe der Zahlen hört sich wie die Gewinnmitteilung großer Konzerne und Erfolgsmeldungen der Wirtschaft an. Konzerne würden bei diesen Zahlen ihren Führungskräften Erfolgsprämien und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hohe Sonderzahlungen gewähren.“

Polizeiliche Kriminalstatistik Top-Leister: Polizeibeschäftigte BW

Die „Polizeiliche Kriminalstatistik“ für das Jahr 2020 ist in erster Linie ein Teil des Tätigkeitsberichtes der Polizei. Die Polizeibeschäftigten in Baden-Württemberg leisten eine Top-Arbeit. Mit deutlich weniger Personal als alle anderen Bundesländer, haben es die Polizeibeschäftigten auch im Jahr 2020 geschafft, dass die Bürgerinnen und Bürger so sicher leben können wir in kaum einem anderen Land der Welt. Es ist in aller erster Linie das Ergebnis hoch motivierter Beschäftigter in der Polizei, die unabhängig ob es Polizisten/innen, Verwaltungsbeamte oder Tarifbeschäftigte sind, zu jedem Augenblick im vergangenen Jahr Höchstleistung erbracht haben.

Jungwirth kritisierte dabei: „Es ist schon ein merkwürdiges Spiel, wenn wir Jahr um Jahr Best-Leistungen erbringen und diese Leistungen auch unter Corona-Bedingungen erfüllen. Aber auf der anderen Seite der grüne Teil der Landesregierung dem Vorschlag des Innenministers nicht gefolgt ist, eine Corona-Zulage für die Polizeibeschäftigten zu bezahlen, so wie es die Bundesregierung umgesetzt hat.“

Dabei so die DPoIG, sprechen die

Corona-Zahlen eine deutliche Sprache und verdeutlichen die höchsten Gesundheitsgefahren unter denen die Polizeibeschäftigten diese Leistungen erbracht haben.

Der Stellv. Landesvorsitzende Daniel Jungwirth weiter: „Die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg können stolz auf ihre Polizei sein. Wir sind verdammte gut. Und jeder darf sich ausrechnen, wie es sein wird, wenn wir nicht nur mit 90% der Beschäftigten, sondern mit 100% arbeiten oder wenn die 900 Neueinstellungen endlich mitarbeiten. Das ist dann so, als wenn der Daimler oder Bosch zusätzliche Produktionsstraßen aufmachen und noch mehr Autos täglich vom Band rollen.“

Die Polizei in Baden-Württemberg ist Spitze. Die Anzahl der Straftaten insgesamt zeigen, wie viele Taten entdeckt und zur Anzeige gebracht wurden. Hinter jeder Zahl, hinter jedem Fall stehen umfangreiche polizeiliche Tätigkeiten. Tätigkeiten, die auch im vergangenen Jahr den Polizeibeschäftigten alles abverlangt hatten. Überstundenberge waren notwendig, um diese Aufgaben zu bewältigen.



Automatische Kennzeichenerfassung zur Strafverfolgung - DPolG begrüßt Gesetzesänderung

Rainer Wendt
DPolG Bundesvorsitzender

„Selbstverständlich darf dies nur beim Verdacht schwerer Straftaten erfolgen, das ist kein Instrument, um Eierdiebe zu fangen“



Rainer Wendt
DPolG Bundesvorsitzender

Lizenzgebühren - im Einzelfall offenbar mehrere tausend Euro.

Wenn jemand ein Video mit Musik untermalt und den Clip im Internet veröffentlicht, muss er den Urheber des Titels fragen, ob er das Werk überhaupt (gegen Zahlung einer Gebühr) verwenden darf.



Daniel Hoffmann
Geschäftsführender Landesvorstand

Die DPolG begrüßt die geplante Änderung der Strafprozessordnung, die der Polizei unter anderem künftig die Möglichkeit einräumen soll, mit moderner Technik amtliche Kennzeichen von Kraftfahrzeugen, sowie deren Standort mit Uhrzeit und Fahrtrichtung erfassen zu können.

In der Vergangenheit hat es derartige schwere Delikte gegeben, etwa der „Autobahn-Sniper“, der jahrelang auf andere Fahrzeuge geschossen und sein Unwesen auf den Autobahnen getrieben hatte. Er war erst nach langwierigen Ermittlungen unter ungeheurem Aufwand gefasst worden.



Auch die so genannten „Behältnisschleusungen“ könnten nach Auffassung der DPolG auf diese Weise besser bekämpft werden. Immer wieder waren nach Europa eingeschleuste Personen ums Leben gekommen, weil sie im LKW erstickt oder erfroren waren. Mit Hilfe der neuen Möglichkeiten könnte die Polizei den Schleusern leichter auf die Spur kommen.

Rainer Wendt: „Es geht um Schwerekriminalität, um Gefahr für Menschenleben und die Überführung von Tätern, die teilweise international operieren und brandgefährlich sind, nicht um die Überwachung oder Bespitzelung von Menschen. Wir verbinden mit der Initiative der Bundesregierung die große Hoffnung, dass die Änderung noch in dieser Legislaturperiode kommt!“

"Jerusalema"-Hype in Deutschland: Erst tanzen - jetzt dafür zahlen!

Feuerwehreute, Polizisten und Pflegerinnen in ganz Deutschland tanzten zu dem Song „Jerusalema“ gegen den Corona-Frust an. Jetzt werden die Internet-Videos aber zu einem finanziellen Problem: Warner Music fordert nachträglich Lizenzgebühren für die Nutzung des Titels.

Das NRW-Innenministerium hat nach FOCUS-Online-Informationen bereits gezahlt.

Warner verteidigt sein Vorgehen. Es ist die Gute-Laune-Hymne in dunklen Corona-Zeiten, ein getanztes Statement für Lebensfreude und Optimismus: Ein

Fuß nach vorne, viermal auf den Boden tippen, auf das andere Bein wechseln und anschließend diesen Fuß wieder viermal auf den Boden tappen. So gehen die Grundschriffe der sogenannten „Jerusalema-Challenge“.

Millionen Menschen auf der ganzen Welt kennen den Tanz aus dem Internet. Auf zahllosen Videos sieht man Gruppen aller Alters- und Gesellschaftsschichten, die sich zum Song „Jerusalema“ bewegen. Er stammt von Master KG, einem 25 Jahre alten Musikproduzenten und DJ aus Südafrika, der mit bürgerlichem Namen Kgaogelo Moagi heißt.



Informationen der DPoIG-Landesfrauenvertretung zu wichtigen Gesetzesänderungen

Marion Rothmund, DPoIG-Landesfrauenbeauftragte:

„Mit den Gesetzesänderungen wird die partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Familienzeiten weiter unterstützt.“



Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz



Marion Rothmund
Landesfrauenbeauftragte

Das Zweite Gesetz zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes wurde nunmehr am 15. Februar 2021 im Bundesgesetzblatt verkündet (BGBl. I 2021, S. 239). Die Regelungen sollen im Wesentlichen zum 1. September 2021 in Kraft treten.

Teilzeitkorridor erweitert

Die zulässige Arbeitszeit während des Elterngeldbezugs und der Elternzeit steigt von 30 auf 32 Wochenstunden. Der Partnerschaftsbonus für die parallele Teilzeit beider Eltern ist künftig mit 24 bis 32 Wochenstunden statt mit bisher 25 bis 30 Wochenstunden möglich.

Zudem müssen Eltern, die während des Elterngeldbezuges in Teilzeit arbeiten, nur im Ausnahmefall nachträglich Nachweise über ihre Arbeitszeit erbringen.

Höhe des Elterngeldes während des Bezugs von Lohnersatzleistungen

Die Höhe des Elterngeldes für teilzeitarbeitende Eltern wird nicht verändert, wenn sie Einkommensersatzleistungen beziehen, wie zum Beispiel Kurzarbeitergeld oder Krankengeld. Bisher hat sich dadurch die Höhe des Elterngeldes reduziert.

Corona-Sonderregelung zum Partnerschaftsbonus wird verlängert

Eltern, die den Partnerschaftsbonus beziehen und wegen der Corona-Pandemie nicht wie geplant parallel in Teilzeit arbeiten konnten, müssen den Partnerschaftsbonus nicht zurückzahlen. Diese Corona-Sonderregelung wurde zum 1. März 2020 eingeführt und wird bis zum 31. Dezember 2021 verlängert.

Elterngeld für besonders früh geborene Kinder

Wird ein Kind mindestens sechs Wochen

vor dem errechneten Termin geboren, erhalten die Eltern einen zusätzlichen Monat Elterngeld. So verlängert sich der Bezug des Basiselterngeldes um einen Monat auf 13 Monate, wenn die Geburt mindestens sechs Wochen vor dem voraussichtlichen Entbindungstermin liegt. Bei mindestens acht Wochen verlängert sich der Anspruch auf 14 Monate, bei zwölf Wochen auf 15 Monate und bei 16 Wochen auf 16 Monate.

Verwaltungsvereinfachungen

Ein Antragsrecht für Eltern mit geringen selbständigen Nebeneinkünften ermöglicht diesen Eltern künftig eine bessere Berücksichtigung ihrer Einnahmen im Elterngeld.

Einkommengrenzen für Paare werden angepasst

Künftig werden nur noch Eltern, die gemeinsam 300.000 Euro oder weniger im Jahr verdienen, Elterngeld erhalten. Bisher lag die Grenze für Paare bei 500.000 Euro. Für Alleinerziehende liegt die Grenze weiterhin bei 250.000 Euro.

DPoIG fordert:

Um den Bedürfnissen der Eltern gerecht zu werden, hätte es weiterer gesetzlicher Regelungen bedurft.

Die DPoIG fordert seit Jahren unter anderem sowohl die Anhebung der Höhe des Elterngeldes als auch die Verlängerung der Dauer des Elterngeldbezuges.

Die aktuellen Änderungen sind aber ein weiterer Schritt in diese Richtung.



Vorsicht bei Widersprüchen an das Landesamt für Besoldung und Versorgung

Unser Rat:

Mitgliedern, die ihre Widersprüche in der Vergangenheit nicht schriftlich per Briefpost oder per Fax eingereicht haben, und deren Verfahren noch nicht abgeschlossen sind, empfehlen wir sicherheitshalber, den Widerspruch noch einmal unverzüglich schriftlich, d.h. mit Briefpost oder per Fax nachzuholen mit Verweis auf die o.g. Bekanntmachung im Kundenportal und vorsorglich die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu beantragen.



Natascha Hildenbrand
Landesbeauftragte für Verwaltungsbeamte

Keine Widersprüche über das Kundenportal beim Landesamt für Besoldung und Versorgung

Der BBW Beamtenbund und Tarifunion empfiehlt, Widersprüche z.B. gegen Beihilfebescheide oder gegen die Besoldung weiterhin schriftlich oder per Fax einzulegen. Dies hat eine Klärung mit dem Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) ergeben.

Aus dem Mitgliederkreis ergaben sich Fragen, ob man über das Kundenportal Widerspruch gegen Beihilfebescheide einlegen oder z.B. die Besoldung beanstanden kann.

Der BBW Beamtenbund und Tarifunion hat beim LBV daher angefragt, ob beim Einlegen über das Kundenportal des Landesamt für Besoldung und Versorgung die Anforderungen an die elektronische Form gem. § 3a Abs. 2 LVwVfG erfüllt sind, und damit die Schriftform ersetzt werden kann.

Das Landesamt für Besoldung und Versorgung hat daraufhin mitgeteilt, dass es - unabhängig von der Frage, ob das Einlegen eines Widerspruchs über das Kundenportal die formellen Voraussetzungen der einschlägigen Vorschriften erfüllt - in der Vergangenheit bis heute alle Widersprüche über das Kundenportal als formwirksam behandelt und in der Sache entschieden hat.

Da es mittlerweile vereinzelte Rechtsprechung gebe, die die Formwirksamkeit in Frage stelle, rät das Landesamt für Besoldung und Versorgung an, den Widerspruch schriftlich oder per Fax einzulegen bis es im Rahmen der Digitalisierungsoffensive das Kundenportal rechtssicher an die aktuellen Vorschriften angepasst hat.

Unterdessen hat das Landesamt für Besoldung und Versorgung jetzt auch entsprechende Hinweise auf deren Homepage eingestellt.

Vorschriftendienst der Landesverwaltung von Baden-Württemberg auf veraltetem Stand

Edmund Schuler Stellv. Landesvorsitzender und Landestarifbeauftragter

„Tarifbeschäftigte und Polizeiverwaltungen benötigen aktuelle Vorschriftensammlung“



Edmund Schuler
Stellv. Landesvorsitzender

Kein Tarifbeschäftigter zieht gerne gegen seinen Arbeitgeber vor den Kadi. Umso schlimmer, wenn Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Beschäftigten aufgrund veralteter oder unvollständiger Gesetze und Vorschriften entstehen.

Der letzte Tarifabschluss des TV-L 2019 ist noch immer nicht in die Vorschriftensammlung der Landesverwaltung eingearbeitet, obwohl dessen Laufzeit nur bis 30.09.2021 garantiert ist und dann vermutlich schon die nächsten Änderungen anstehen.

Die Verlängerung des Tarifvertrags zur Altersteilzeit fehlt ebenso wie die ganzen Regelungen im Teilzeit- und Befristungsgesetz, die in Zusammenhang mit der Brückenteilzeit zum 01.01.2019 in Kraft getreten sind.

Weitere Gesetze und Vorschriften sind seit mehreren Jahren nicht aktualisiert worden. In Potsdam verweigert sich die Arbeitgeberseite vehement gegen Regelungen, die

das Tarifrecht an der einen oder anderen Stelle vereinfachen würden, immer mit dem Hinweis der fehlenden Haushaltsmittel. Komplizierte Regelungen sind die Folge, wie zum Beispiel 2019 die Entzerrung der „kleinen EG 9“.

Nun müssen eigene Experten des Landes oder externe Beraterfirmen teuer bezahlt werden um diese Änderungen einzuarbeiten, anstatt diese Gelder an die eigenen Beschäftigten auszuschütten.

Veraltete Vorschriften und inaktuelle Gesetze sorgen für unnötige Missverständnisse und Konflikte der Parteien. Wir als Polizeigewerkschaft fordern die Landesverwaltung dazu auf, ihre Vorschriften- und Gesetzesammlung auf einen aktuellen Stand zu bringen.

Die DPoIG bietet ihren Mitgliedern umfassenden Rechtsschutz in allen Angelegenheiten, die das Arbeitsverhältnis betreffen.



Herzlichen Glückwunsch



Andreas Stenger
Polizeipräsident

„Das ist keine überraschende Personalie, sondern die Vernunft einer qualifizierten Stellenbesetzung!“

Ralf Kusterer
DPoGLandesvorsitzender



Ralf Michelfelder
LKA-Präsident alias „001“

Andreas Stenger wird neuer „001“

Erst seit 2019 Polizeipräsident in Mannheim, wird PP Stenger am 1. Mai neuer Präsident des Landeskriminalamts (LKA) Baden-Württemberg. Das gab Innenminister Strobl am 2. März 2021 bekannt. Stenger folgt auf den noch amtierenden Präsidenten des LKA und Mitglied der DPoG, Ralf Michelfelder, der zum 1. Mai aus dem Amt ausscheidet. Stenger war vor seinem Wechsel nach Mannheim Vizepräsident des LKA und Chef des Kriminaltechnischen Instituts. Er gehört nach Auffassung der DPoG mit absoluter Sicherheit zu den größten Polizeistrategen, -taktikern und Kriminalisten, aber vor allen Dingen zu denjenigen Polizeiführern, die operativ denken und handeln. Mit Stenger wurde ein idealer und adäquater Nachfolger für den LKA-Präsident Michelfelder gefunden, der das LKA in den vergangenen Jahren fast visionär, aber auf jeden Fall zukunftsweisend, ausgerichtet hat.

Die DPoG wünscht PP Stenger für die Zukunft alles Gute und eine Politik und Polizeiführung im Innenministerium, die auf die Fachexpertise des obersten Kriminalisten setzt und baut.

Letzte Meldung

Letzte Meldung

Letzte Meldung

Letzte Meldung

Zulassung zum Aufstieg in den geh. PVD = Altersgrenze 2021 erhöht!

Die DPoG hat sich bei der Anhörung für die in Vorbereitung befindliche Ersetzung der LVOPol durch die neue Laufbahnverordnung-Polizeivollzugsdienst (LVO-PVD) u.a. für eine Erhöhung der Altersgrenze eingesetzt. Im Vorgriff auf diese Erhöhung können jetzt Anträge auf Zulassung zum Aufstieg bereits im Auswahlverfahren 2021 auch von Personen, die zum Stichtag (01.05.2021) das 39. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, gestellt werden.

WICHTIG!

Beamte/innen können sich noch bis zum Montag, 08.03.2021 (landeseinheitlicher Bewerbungsschluss) bewerben, wenn sie zum Stichtag (01.05.2021) das 39. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (bisher: das 38. Lebensjahr).

Letzte Meldung



Letzte Meldung

Letzte Meldung

IMPRESSUM

Redaktion

Ralf Kusterer (V.i.S.d.P.)
E-Mail: ralf.kusterer@dpolg-bw.de

c/o

Deutsche Polizeigewerkschaft
Baden-Württemberg
- Landesgeschäftsstelle -
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Tel.: +49 711/ 97 947 4-0
Fax.: +49 711/ 97 947 4-20
E-Mail: info@dpolg-bw.de
www.dpolg-bw.de

DPoG-Erfolg!

